

**Bundesvorstand:**  
Prof. Dr. Rosemarie Will, Vorsitzende  
Dr. Christoph Bruch  
Franz-Josef Hanke  
Johann-Albrecht Haupt  
Dr. Jens Puschke  
Dr. Fredrik Roggan, stellv. Vors.  
Björn Schreinermacher  
Hartmut H. Wrocklage  
  
**Geschäftsführung:**  
Sven Lüders

**Beiratsmitglieder:**  
Prof. Edgar Baeger  
Prof. Dr. Thea Bauriedl  
Prof. Dr. Volker Bialas  
Prof. Dr. Lorenz Böllinger  
Daniela Dahn  
Dr. Dieter Deiseroth  
Prof. Dr. Erhard Denninger  
Prof. Carl-Heinz Evers  
Prof. Dr. Johannes Feest  
Prof. Dr. Monika Frommel  
Prof. Dr. Hansjürgen Garstka

Prof. Dr. Gerald Grünwald  
Dr. Klaus Hahnzog  
Dr. Heinrich Hannover  
Prof. Dr. Hartmut von Hentig  
Heide Hering  
Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch  
Prof. Dr. Herbert Jäger  
Prof. Dr. Walter Jens  
Prof. Dr. Helmut Kentler  
Elisabeth Kilali  
Ulrich Krüger-Limberger  
Prof. Dr. Erich Küchenhoff

Renate Künast, MdB  
Prof. Dr. Martin Kutschka  
Prof. Dr. Rüdiger Lautmann  
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB  
Dr. Till Müller-Heidelberg  
Prof. Dr. Heide Pfarr  
Claudia Roth, MdB  
Jürgen Roth  
Prof. Dr. Fritz Sack  
Klaus Scheunemann  
Georg Schlaga  
Helga Schuchardt

Prof. Klaus Staack  
Prof. Dr. Ilse Staff  
Prof. Dr. Wilhelm Steinmüller  
Werner Vitt  
Prof. Ulrich Vultejus  
Dr. Klaus Waterstradt  
Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB  
Rosi Wolf-Almanasreh  
Prof. Dr. Karl-Georg Zinn  
  
Stand: Dezember 2007

**BÜRGERRECHTSORGANISATION seit 1961**

**HUMANISTISCHE UNION e.V. – Landesverband Niedersachsen**  
c/o Burckhard Nedden, Harmshof 1, 30916 Isernhagen

An den Bundesminister  
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Herrn Wolfgang Tiefensee  
Fax: 030 18 - 300 - 2059

Bundesgeschäftsstelle:  
Humanistische Union e.V.  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin  
Tel.: 030 / 20 45 02 -56  
Fax: 030 / 20 45 02 -57  
info@humanistische-union.de  
www.humanistische-union.de

**Humanistische  
Union**

Berlin, 06.02.2008

Sehr geehrter Herr Minister,

endlich hat sich auch die Deutsche Bahn AG dazu durchgerungen, auf deutschen Bahnhöfen einer breiteren Öffentlichkeit in der Ausstellung „SONDERZÜGE IN DEN TOD“ den Anteil der Reichsbahn an der Deportation europäischer Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten nahe zu bringen. Leider geschieht dies erst nach einer langwierigen und zum Teil unwürdig geführten Auseinandersetzung um die Ausstellung „ZUG DER ERINNERUNG“. Diese Ausstellung stellt anhand von Lebensläufen, Video- und Bildmaterial exemplarisch das Schicksal von 11.000 jüdischen Kindern dar und ihre Deportation mit dem Zug in die Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Die Ausstellung „ZUG DER ERINNERUNG“ will die Opfer des Nationalsozialismus dem Vergessen entreißen und ihnen ihr Gesicht wiedergeben.

Die Initiative ist ein Beispiel für politisches Bürgerengagement und ist als Reaktion auf die strikte Weigerung des Bahnvorstandes ins Leben gerufen worden, eine entsprechende Ausstellung zum Thema auf deutschen Bahnhöfen zu präsentieren. Insbesondere Bahnchef Hartmut Mehdorn hat sich der Idee, eine historische Ausstellung auf deutschen Bahnhöfen zu präsentieren, bis zum Schluss verweigert. Gerade die Präsentation auf Bahnhöfen ist jedoch ein zentrales Element der Ausstellung, ermöglicht sie es doch die Information in die Zentren der Städte und zum Publikum zu bringen und sensibilisiert zugleich für die Thematik, indem sie die Stationen der Transporte in die Konzentrations- und Vernichtungslager nachzeichnet. Im Sinne der historisch-politischen Bildung will die Ausstellung „ZUG DER ERINNERUNG“ insbesondere Kinder und Jugendliche ansprechen, um sie über das Schicksal von Altersgenossen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik aufzuklären.

Die nun in Berlin, ohne die Beteiligung von Herrn Mehdorn, eröffnete Ausstellung des Bahnkonzerns „SONDERZÜGE IN DEN TOD“ kann unseres Erachtens auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Unternehmen nur höchst widerwillig seiner historischen Verantwortung stellt. Insbesondere der Umstand, dass die Bahn noch immer nicht bereit ist, die private Initiative „ZUG DER ERINNERUNG“ zu unterstützen, bestärkt diesen Eindruck. So erhebt die Deutsche Bahn AG weiterhin Gebühren für den Trassen- und Bahnhofs-Gebrauch, sowie für Strom und die Nutzung von Verbindungskabeln.

Wir, die Humanistische Union Niedersachsen, begrüßen es sehr, dass Sie, Herr Minister, die Berliner Initiative mit 15.000 EURO unterstützen wollen. Die Kosten der bundesweiten Initiative „Zug der Erinnerung“ belaufen sich nach Schätzungen ihres Sprechers Hans-Rüdiger Minow auf 500-600.000 EURO. Wir halten die Forderung nach Verzicht auf finanzielle Forderungen seitens der Deutschen Bahn AG bzw. die Übernahme der Kosten durch den Bund nach wie vor für richtig und begründet und wünschen uns eine diesbezügliche Initiative Ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen  
Stephan Alexander Glienke  
Landesvorstand Humanistische Union Niedersachsen